

tum des deutschen Volkes und seiner führenden Schichten über ihre wirkliche Lage nach dem Kriege und zwischen den Weltmächten. Vom Deutschtum im Osten wie von einer ontologischen Größe und nicht einer historischen zu sprechen, erklärt wenig; und es ist nur verdrießlich, wenn ein so renommierter Historiker immer wieder den Begriff des „nationalen Anliegens“ verwendet, ohne ihn auch nur ein einziges Mal zu definieren.

Sehr viel differenzierter behandelt G. Rhode sein Thema, das der Minderheitenproblematik in Posen und Pommerellen gewidmet ist und gerade die „Umgestaltung und Neuformung“ des Deutschtums in einer bedrängten Lage untersucht. Eine ähnliche Problematik ist auch Gegenstand der Studien von W. Hubatsch und H. Jablonski über das Memelland und die Danziger Frage. In beiden Fällen hat erst der Versailler Vertrag eine Spannungszone und eine Krisenanfälligkeit erzeugt, der die besonneneren Kräfte beiderseits der Grenzen auf die Dauer nicht gewachsen waren. Die Beiträge über Ostpreußen, Pommern und Schlesien von K. Forstreuter, H. Branig und E. Birke sind ebenfalls auf unmittelbare Folgen und weiterreichende Wirkungen des Versailler Vertrages konzentriert. Sie zeigen, wie die amputierten preußischen Ostprovinzen enger als je zuvor mit der allgemeinen deutschen und der internationalen Politik verbunden wurden und wie der preußisch-dynastische Patriotismus der Bevölkerung zu einem prononcierten deutschnationalen Bewußtsein getrieben wurde, das dem Nationalsozialismus den Boden bereithalf. Aber gerade hier fehlt es noch an Spezialuntersuchungen über die für die einzelnen Provinzen Ostdeutschlands charakteristischen Sozialstrukturen, politischen Führungsgruppen, Interessenverbände, das Wählerverhalten usw. und ihre Auswirkungen sowohl auf das Verhältnis zum polnischen Grenznachbarn wie auch auf die wechselnden Machtkonstellationen und Interessenprioritäten in der Reichspolitik: Desiderate für eine noch zu schreibende Geschichte Ostdeutschlands. Mit dem Beitrag von H. Niehaus über Gründe, Methoden, Ergebnisse und politische Bedeutung der Osthilfe wird unter einem besonders häufig in den Vordergrund gerückten Aspekt der Verklammerung von Reichspolitik und ostdeutscher Eigenproblematik auf diese Wirkungszusammenhänge angespielt; insgesamt aber kommen sie weitaus zu kurz.

Glücksburg

Walter Mertineit

Gerhard Schulz, Die deutschen Ostgebiete. Zu ihrer historisch-politischen Lage. (Politik in unserer Zeit, Bd 5.) Neske-Verlag, Pfullingen 1967. 80 S.

Die Abhandlung geht zurück auf einen Vortrag, den der Vf. erstmals im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Forum Politicum an der Universität Freiburg i. Br. gehalten hat. Der Vortrag ist für den Druck sorgfältig überarbeitet und reichlich mit Belegen und Anmerkungen versehen worden. Der Anhang enthält Auszüge aus der berühmten Freiburger Antrittsvorlesung Max Webers, „Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik“ (1895), sowie den ursprünglich anonym veröffentlichten Aufsatz des Stuttgarter Gymnasialprofessors und Volkskundlers Albert L. C. Schott (1809—1847), „Die deutsche Sprachgrenze nach ihrem gegenwärtigen Bestand, ihren Ursachen und Anforderungen“.¹

1) Zuerst veröffentlicht in: Deutsche Vierteljahrschrift 1844, H. 3, S. 210—225.

G. Schulz, hervorragend ausgewiesen durch seine zeitgeschichtlichen Arbeiten zur Weimarer Republik und zur nationalsozialistischen Diktatur, heute Direktor des Seminars für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen, beweist mit seiner materialreichen, aber gedrängten Abhandlung die Fruchtbarkeit der politisch-sozialgeschichtlichen Perspektive. Die den Zusammenhang von Sozialstruktur und politischen Prozessen in den deutschen Ostgebieten analysierende Methode gewinnt ihre Überlegenheit durch eine schärfere Begrifflichkeit und präzisere Konkretion, der gegenüber eine vorwiegend mit volkstumstheoretischen Kategorien operierende Betrachtungsweise viele Erklärungen schuldig bleiben müßte. Es führt in der historischen Erkenntnis weiter, wenn man wie der Vf. mit verifizierbaren Hypothesen arbeitet und zur Kennzeichnung der spezifischen Problematik der deutschen Ostgebiete in der jüngeren und jüngsten deutschen Geschichte ausgeht von jenen Tatsachen und Merkmalen, die Kriterien der Unterscheidung ermöglichen.

Als unterscheidendes Kriterium von grundlegender Bedeutung kann spätestens seit Otto Hintze das Strukturmerkmal der „Gutsherrschaft“ im Osten gegenüber der „Grundherrschaft“ im Westen Deutschlands gewertet werden. Gerade aus dem System der Gutsherrschaft folgt die eigentümliche Verknüpfung der für Ostdeutschland charakteristischen Sozialverhältnisse mit der Politik. Darauf hat zuletzt noch Hans Rosenberg² hingewiesen.

Mit reichlichen Belegen kann der Vf. die rechtliche Stellung und die politische Macht des Grundbesitzes in den östlichen Provinzen als die den politischen Prozeß entscheidend mitbestimmenden Momente aufzeigen und daraus den Schluß ziehen: Die „Verknüpfung von sozialökonomischem Übergewicht und politischer Herrschaft erlaubt es, ohne Einschränkung von einer herrschenden Klasse zu sprechen, die sich auch nach 1918 nur zögernd und widerwillig mit den veränderten Machtverhältnissen innerhalb Preußens abfand und bis 1945 der ausschlaggebende sozialökonomische Faktor in den östlichen Provinzen geblieben ist“ (S. 19). Dem Klassenoligopol der Bodenverteilung entsprach ihr Organisationsmonopol agrarischer Interessen. An Hand vieler Einzelbelege weist der Vf. die rapid voranschreitende Polarisierung Deutschlands nach Westen und nach Osten hin ebenso nach wie die politisch-ökonomischen Gründe der in Permanenz geratenden ostdeutschen Agrarkrise, die dann so viel zur Radikalisierung der innenpolitischen Fronten beitrug.

Ihre „ideologische Verwirrung“ und die von Hitler gesuchte „militärische Lösung“ stehen gewiß nicht in einem Verhältnis unmittelbarer Kausalität, aber ohne die eine wäre die andere nicht möglich gewesen. Die Studie schließt ab mit einem Ausblick auf Gegenwart und Zukunft, in dem die letzten beiden Jahrzehnte seit 1945 als irreversible Geschichte erscheinen. Eine Wiederholung der typischen ostdeutschen Sozialstruktur erscheint von hier aus ebenso undenkbar, wie eine Wiederbelebung der nationalistischen Frontenverhärtung zwischen Deutschland und Polen wünschenswert ist.

Glücksburg

Walter Mertineit

2) In: Festschrift für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 459 ff.